

# ***FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN***

157. Tagung der Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
am 25. April 2012

## **Antrag 14**

### **länger arbeiten**

**Die AK Wien fordert eine bessere Adaptierung der Arbeitsplätze an die Bedürfnisse älterer ArbeitnehmerInnen sowie eine Evaluierung der zumutbaren Arbeitsbelastung für ältere DienstnehmerInnen durch den/die Dienstgeber/in im Rahmen seiner/ihrer Fürsorgepflicht sowie durch das Arbeitsinspektorat im Rahmen der Kontrolle.**

2012 ist das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität. Im Rahmen des aktiven Alterns sollen die ArbeitnehmerInnen länger im Arbeitsprozess verbleiben und dabei aber körperlich fit und gesund bleiben.

Der Alltag in der Arbeitswelt sieht aber oft ganz anders aus. Der Arbeitsstress und die Arbeitsanforderungen steigen immer mehr und in vielen Betrieben ist das vorgegebene Arbeitspensum nur von jungen und fitten ArbeitnehmerInnen gerade noch zu schaffen. Ältere ArbeitnehmerInnen haben hier keine Chance.

Es genügt nicht, längeres Arbeiten zu fordern ohne die entsprechenden Rahmenbedingungen für ältere ArbeitnehmerInnen zu schaffen. Es ist notwendig, sie von schwerer körperlicher Arbeit zu entlasten. Die Arbeitsleistung sollte hier vermehrt durch Weitergabe von Erfahrungswissen erbracht werden. So können ältere ArbeitnehmerInnen jüngere MitarbeiterInnen bei ihren Aufgaben unterstützen bzw. anleiten und einschulen. Auch bei der Berufsausbildung von Lehrlingen könnten ältere ArbeitnehmerInnen verstärkt eingesetzt werden.

Kurz und gut, die DienstgeberInnen müssen hier im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht das Arbeitsumfeld und die Aufgabenstellung für ältere ArbeitnehmerInnen entsprechend gestalten. Damit dies aber auch von den DienstgeberInnen tatsächlich umgesetzt wird, ist eine entsprechende Kontrolle durch das Arbeitsinspektorat notwendig.

Da viele Betriebe vielleicht nicht das notwendige Know-How haben, wie der entsprechende altersgerechte Arbeitsplatz im konkreten Fall zum Vorteil für ArbeitnehmerIn und DienstgeberIn gestaltet werden soll, brauchen sie hier Hilfestellung. Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Arbeitsmarktservice sollten gemeinsam eine Anlaufstelle gründen, die die Unternehmen mit Fachleuten unterstützt und berät. Diese Präventivmaßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze wären finanziell durchaus vertretbar, da arbeitslose ArbeitnehmerInnen ungleich mehr Kosten verursachen.